

**Niederschrift  
der 28. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung  
am Freitag, dem 17. April 2009  
im Bürgerzentrum Karben**

Beginn: 20:00 Uhr

Ende: 22:25 Uhr

Anwesend:

Magistrat:

Bürgermeister Schulz  
Erster Stadtrat Dr. Rippen  
Stadtrat Schmitt

Stadtrat Cornelius	bis 22:00 während TOP 9
Stadtrat Hintz	ab 20:40 während TOP 5
Stadtrat Stein	
Stadtrat Koch	
Stadträtin König-Amann	
Stadtrat Hermanns	

Schriftführer Wolfgang Seuring

Stadtverordnete:

CDU:

Lenz, Ingrid  
Beck, Mario  
Christian, Gerhard  
Friedrich, Felix  
Heidelbach, Karlfred  
Helwig, Sabine  
Krumpholz, Tim  
von Leonhardi, Philipp  
Nagel, Roswitha  
Penkwitt, Volker  
Rahn, Guido  
Scheurich, Marita  
Schwaab, Friedrich  
Wortmann, Reinhard

SPD:

Görlich, Thomas  
Bruhn, Hannelore  
Georgis, Angela  
Gottschalk, Helge  
Hamacher, Gudrun  
Hampf, Klaus-Peter  
Ridder, Brigitte  
Ridder, Janina  
Sabandar, Jetty  
Schmidt, Michael  
Winter, Manfred  
Wojnar, Elke  
Züsch, Rainer

FWG-Karben:

Ottens, Michael  
Hermanns, Lars  
Macho, Bodo

GRÜNE:

Rippen, Gerrit  
Schäfer, Mario  
Sylla, Stefan

FDP:

Feyl, Oliver

Entschuldigt:

Jörg, Alexander

Börstler, Willi  
Braun-Boß, Gabriele

ab 20:34 während TOP 5

bis 22:15 während TOP 15

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung waren durch Einladung vom 06.04.2009 fristgerecht unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist beschlussfähig.

Zur Tagesordnung zieht Stadtverordnete Sabine Helwig ihre Anfrage

TO-Punkt 20:

Konzept zur Betreuung  
der Kinder v. 0 bis 10 Jahre

STVV 481

zurück.

Die vorgeschlagene Tagesordnung, Tagesordnungspunkte 1 bis einschl. 19 und Behandlung in öffentlicher Sitzung wird einstimmig genehmigt.

Tagesordnung:

Drucksache:

- |     |   |  |          |
|-----|---|--|----------|
| 1.  |   | a) Eröffnung und Begrüßung<br>b) Mitteilungen der Stadtverordnetenvorsteherin<br>c) Mitteilungen des Bürgermeisters<br>d) Aussprache über die Mitteilungen<br>des Bürgermeisters |          |
| 2.  | CDU-, FWG-<br>u. FDP-Antrag<br>v. 24.03.2009: | Prüfantrag<br>Erweiterung und Ergänzung von<br>Lärmschutzmaßnahmen bei<br>der Nordumgehung (NU)<br>Groß-Karben Richtung der Wohngebiete<br>Assenheimer Straße und Lindenstraße   | STVV 463 |
| 3.  | CDU-, FWG-<br>u. FDP-Antrag<br>v. 24.03.2009: | Prüfungsantrag<br>Schnelles DSL für Burg-Gräfenrode  | STVV 464 |
| 4.  | CDU-, FWG-<br>u. FDP-Antrag<br>v. 24.03.2009: | Vorstellung der Ergebnisse<br>der Projektstudie zur Errichtung von<br>Verkehrskreiseln   | STVV 465 |
| 5.  | CDU-, FWG-<br>u. FDP-Antrag<br>v. 30.3.2009:  | Kinderplanet 3. Woche  | STVV 466 |
| 6.  | CDU-, FWG-<br>u. FDP-Antrag<br>v. 01.04.2009: | Prüfantrag<br>Räume für den Karbener<br>Geschichtsverein   | STVV 467 |
| 7.  | GRÜNE-Antrag<br>v. 01.04.2009:                | Errichtung eines Fußweges nördlich<br>des Gewerbegebietes Okarben  | STVV 468 |
| 8.  | SPD-Antrag<br>v. 03.04.2009:                  | Grundsatzbeschluss<br>für den Bau einer Kindertagesstätte<br>zur Betreuung von Kindern unter<br>drei Jahren  | STVV 469 |
| 9.  | SPD-Antrag<br>v. 03.04.2009:                  | Erstellung eines regelmäßigen<br>Armuts- und Reichtumsbericht  | STVV 470 |
| 10. | Dezernat I / 2.3:                             | Wirtschaftsplan 2009<br>der Stadtwerke Karben<br>hier: Beschlussfassung über geänderte Fassung   | STVV 471 |

- |  |  |          |
|--|--|----------|
| 11. Dezernat I / 2.3:  | Übernahme des Hochbehälters und der Falleitungen vom Wasserversorgungsverband Kaichen/Heldenbergen/Burg-Gräfenrode   | STVV 472 |
| 12. Dezernat II:   | Konjunkturprogramme des Bundes und Landes Hessen für Kommunen<br>hier: Anmeldung für Fördermittel aus dem Sonderinvestitionsprogramm des Landes Hessen und dem Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes | STVV 473 |
| 13. Dezernat II / 5.1:   | Bauleitplanung der Stadt Karben<br>Gemarkung Klein-Karben, Rathausstr. 16<br>Flur 1, Nr. 309 und 305/2<br>hier: Abrundungssatzung<br>gemäß § 34 Abs. 4, Satz 1, Nr. 1 BauGB                            | STVV 474 |
| 14. Dezernat II / 5.4:   | Abschluss eines Verwaltungsvertrages mit der Wohnungsbaugesellschaft Karben  | STVV 475 |
| 15. Dezernat III / 4.1:  | Nachwahl eines Mitglieds des Seniorenbeirates der Stadt Karben   | STVV 476 |
| 16. Dezernat III / 4.1:  | Rahmenkonzeption der Stadt Karben für die Arbeit in den städtischen Kindertagesstätten   | STVV 477 |
| 17. Dezernat III / 4.1:  | Bedarfsplan der Stadt Karben nach § 30 Abs. 1 des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches (HKJGB)   | STVV 478 |
| 18. Anfrage<br>Stv. Wortmann (CDU)<br>v. 31.03.2009:           | Poststelle in der Homburger Straße   | STVV 479 |
| 19. Anfrage<br>Stv. Gerrit Rippen<br>(GRÜNE)<br>v. 25.03.2009: | Erlöse aus Grundstücksgeschäften,<br>Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zum Haushalt vom 6.3.2009   | STVV 480 |
| 20. Anfrage<br>Stv. Helwig (CDU)<br>v.1.4.2009:                | Konzept zur Betreuung der Kinder v. 0 bis 10 Jahre<br><br>(wurde zurückgezogen)  | STVV 481 |

TO-Punkt 1:

a) Eröffnung und Begrüßung

Stadtverordnetenvorsteherin Ingrid Lenz eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

b) Mitteilungen der Stadtverordnetenvorsteherin

Die ihr zugegangenen Einladungen nahm sie gerne wahr und überbrachte die Grüße und Glückwünsche der Stadtverordnetenversammlung.

c) Mitteilungen des Bürgermeisters

1. Das ASV Gelnhausen hat darüber informiert, dass die Entscheidung des Bundesministeriums für Verkehr zur weiteren Vorgehensweise zum Weiterbau der B 3 in Karben vorliegt. Mit dem Vorsitzenden des S+I-Ausschusses wurde vereinbart, dass Vertreter des ASV Gelnhausen am 14. Mai 2009 den politischen Vertretern diesen Sachstand darstellen und die weitere Vorgehensweise diskutieren.
  
2. Auf der Straßenbau- und Radwegekonferenz im Wetteraukreis am 25. März 2009 teilt das ASV Gelnhausen mit, dass im Zuge der Konjunkturprogramme die Landesstraße 3351 von Groß-Karben nach Burg-Gräfenrode (2. Bauabschnitt ab Reiterhof) und weiter bis Ilbenstadt erneuert wird. Es ist vorgesehen, die Fahrbahn zu sanieren und die Fahrbahnränder mit Gitterrandsteinen zu befestigen. Damit wird eine Verbesserung erreicht, die baurechtlich nicht genehmigt werden muss und die ein langwieriges Baurechtsverfahren vermeidet. Diese Vorgehensweise wird begrüßt, weil damit schneller im Interesse der Verkehrssicherheit gehandelt werden kann.  
Damit wird dem einstimmigen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom Dezember 2007 weitestgehend Rechnung getragen.  
Der Magistrat nutzte im Februar 2009 die Diskussionen um die verschiedenen Konjunkturprogramme und bat das ASV Gelnhausen um eine schnelle Lösung für die Landesstraße 3351, damit sie in diesen Programmen berücksichtigt werden kann (siehe Mitteilung vom 6. März 2009).  
  
Zur Zeit wird auch geprüft, ob die Fahrbahn der L 3205 saniert werden kann. Hier besteht dringender Bedarf im Abschnitt zwischen B 3 und Gehspitze sowie zwischen Rendel und B 521.
  
3. Am 23. März 2009 wurde der Entwurf der Vorplanungen zum Umbau der Knotenpunkte der Landesstraße 3205 zu Kreisverkehrsplätzen mit dem zuständigen Vertreter des Baulastträgers, dem ASV Gelnhausen, abgestimmt. Dabei wurde sich darauf verständigt, dass der Umbau erst nach Inbetriebnahme der Nordumgehung erfolgen sollte. Das ASV Gelnhausen stimmt dem Umbau zu, wenn zu gegebener Zeit der Nachweis erbracht wird, dass mit dem Umbau keine Verschlechterung des Verkehrsablaufes erfolgt (Leistungsfähigkeitsnachweis auf der Grundlage der veränderten Verkehrsströme nach Eröffnung der Nordumgehung).  
Das Land Hessen kann selbst den Knotenpunktumbau nur dann vornehmen und mitfinanzieren,
  - wenn die baulichen Anlagen in einem veralteten Zustand sind
  - eine hohe Unfallhäufigkeit besteht
  - tagtägliche Überlastungserscheinungen feststellbar sind.

Das ist in diesem Fall nicht gegeben. Die Lichtsignalanlagen an diesen Knotenpunkten wurden in den Jahren 2000 bis 2003 erneuert und sind somit auf dem neuesten technischen Stand. Die Unfallrate ist damit nicht nur erheblich reduziert worden, sondern liegt bei Null (abgesehen von leichten Auffahrunfällen im Zuge der Rückstaubildungen). Und die derzeitigen Überlastungserscheinungen der Knoten werden durch den Bau der Nordumgehung beseitigt. Damit hat das Land Hessen keine Möglichkeit, sich finanziell an dem Knotenpunktumbau zu beteiligen. Die Gesprächsergebnisse werden jetzt in den Bericht mit eingearbeitet, der in Kürze vorliegt. Die Fraktionen erhalten die entsprechenden Unterlagen. Mit dem Vorsitzenden des S+I-Ausschusses wurde vereinbart, dass die Ergebnisse der Voruntersuchung in der Sitzung am 14. Mai 2009 dargestellt und erläutert werden.

4. In einer Sitzung am 12. März 2009 hat die DB Netz AG mit der Stadt Karben ein erstes Abstimmungsgespräch zum viergleisigen Ausbau der Main-Weser-Bahn zwischen Bad Vilbel und Friedberg geführt. Ziel war es, die einzelnen Planungen aufeinander abzustimmen. Sobald konkrete Planungen vorliegen, werden diese vorgestellt.
5. Der Zweckverband Regionalpark Niddaradweg ist größer geworden. Die Stadt Nidda und die Gemeinde Ranstadt hatten bereits im letzten Jahr den Antrag zur Aufnahme gestellt, dem in der Versammlung vom 27. Januar 2009 einstimmig zugestimmt wurde. Die Erweiterung des Zweckverbandes und die damit verbundene Änderung der Verbandssatzung sind vom Regierungspräsidium Darmstadt genehmigt worden und wurden mit der Veröffentlichung im Amtsblatt des Wetteraukreises rechtskräftig. Des weiteren wurde mit der Stadt Schotten ein Kooperationsvertrag zur engen Zusammenarbeit verabschiedet. Darüber hinaus gab es auch erfolgreiche Gespräche mit der Stadt Frankfurt, so dass der Niddaradweg jetzt von der Quelle bis zur Mündung einheitlich und nutzerfreundlich gestaltet werden kann.
6. Für die Feuerwehr Okarben wurde eine Schrankenanlage für ca. € 3.800 einschl. MWST eingebaut.
7. Für die Kinderspielplätze in Karben beauftragte der Magistrat die Jahreshauptuntersuchung der sicherheitstechn. Überprüfung von Spielgeräten für ca. € 3.500 einschl. MWST.
8. Der Auftrag zur Sandaufbereitung der städtischen Spielplätze und Kindergärten wurde ebenfalls für ca. € 12.650 vergeben.
9. Für ca. € 3.800 beschloss der Magistrat den Kauf eines Sonnensegels für die Kindertagesstätte Petterweil. Der Stadt Karben wurden ca. € 2.000 Spendengelder für diese Maßnahme zur Verfügung gestellt. Somit beläuft sich die effektive Belastung auf ca. € 1.800.

10. In der Gemarkung Petterweil am Mühlgraben/Riedgraben erfolgte die Totholzentnahme an Pappeln für ca. € 5.500.
11. Zwischen der Wohnungsbaugesellschaft mbH Karben und der Stadt Karben wurde rückwirkend zum 1.1.2009 ein Mietvertrag für das Haus Bahnhofstraße 34 in Karben geschlossen. Die entstehenden Kosten von ca. € 1.150 werden mit der Kostenstelle 30200 Sachkonto 7178000 gedeckt. Die Mieteinnahmen erfolgen unter Kostenstelle 30200 Sachkonto 5490000.

d) Aussprache über die Mitteilungen  
des Bürgermeisters

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

<u>TO-Punkt 2:</u>	CDU-, FWG- u. FDP-Antrag v. 24.03.2009:	Prüfantrag Erweiterung und Ergänzung von Lärmschutzmaßnahmen bei der Nordumgehung (NU) Groß-Karben Richtung der Wohngebiete Assenheimer Straße und Lindenstraße	STVV 463
--------------------	---	--	----------

Wie im Haupt- und Finanzausschuss einvernehmlich empfohlen, wird der Prüfantrag in geänderter Fassung (siehe Anlage 1 des H+F-Protokolls vom 15.04.09) zur Abstimmung gestellt.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Der Magistrat wird beauftragt in Kooperation mit dem ASV Gelnhausen zu prüfen, welche Erweiterungs- und Ergänzungsmaßnahmen zur Verbesserung des Lärmschutzes beim Bau der NU in Groß-Karben in Richtung der Wohngebiete Assenheimer Straße und Lindenstraße möglich und sinnvoll sind.
2. Die Alternativen sowohl des aktiven als auch passiven Lärmschutzes sind tabellarisch mit den zu erwartenden Kosten und den erzielbaren Lärmreduktionen darzustellen.
3. Insbesondere sollen folgende Maßnahmen aufgeführt werden:
  - Lärmdämpfende Maßnahmen an der Fahrbahn
  - Verlängerung des Lärmschutzwalls auf der Südseite der NU
  - Verbesserung des passiven Lärmschutzes durch Bepflanzung des Walls
  - Errichtung und Verlängerung einer Lärmschutzwand

Abst.-Erg.: 29 dafür, 3 Enthaltungen  
(Stv. Sabine Helwig ist während der Abstimmung nicht im Sitzungsraum.)

TO-Punkt 3: CDU-, FWG- Prüfungsantrag STVV 464  
u. FDP-Antrag Schnelles DSL für Burg-Gräfenrode  
v. 24.03.2009:

Dazu bringt die SPD-Fraktion einen Änderungsantrag ein (siehe Anlage 1).

Im allseitigen Einvernehmen und wie im Ausschuss für Stadtplanung und Infrastruktur empfohlen, wird über den Antrag unter Berücksichtigung des vorgenannten Änderungsantrags beschlossen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat wird beauftragt

1. gemeinsam mit dem Wetteraukreis die Versorgungslücken bei der DSL-Nutzung im gesamten Gebiet der Stadt Karben zu ermitteln und die Möglichkeiten zur Verbesserung/Erhöhung der DSL-Geschwindigkeit zu prüfen. Telekommunikationsunternehmen bzw. geeignete Fachfirmen sollen einbezogen werden, sofern das ohne oder nur mit geringen Kosten möglich ist.
2. Über die Ergebnisse inkl. möglicher Kosten ist den Fraktionen **bis spätestens zum 31.05.09** zu berichten.
3. Die Möglichkeiten öffentlicher Zuschüsse/Fördermittel zur Realisierung einer verbesserten DSL-Versorgung sind ebenfalls zu eruieren und in den Bericht mit einzubeziehen.

Abst.-Erg.: einstimmig dafür

TO-Punkt 4: CDU-, FWG- Vorstellung der Ergebnisse STVV 465  
u. FDP-Antrag der Projektstudie zur Errichtung von  
v. 24.03.2009: Verkehrskreiseln

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat wird beauftragt

1. den beauftragten Verkehrsplaner im Mai diesen Jahres zu einer Sitzung des Ausschuss für Stadtplanung und Infrastruktur einzuladen zwecks Präsentation und Erläuterung der Ergebnisse der Vorstudie zur Errichtung von Verkehrskreiseln im Bereich Gehspitze bis Bahnhof.
2. zur Information und zur Vorbereitung der Stadtverordneten soll umgehend jeweils eine Kopie der inzwischen vorliegenden Projektstudie zur Errichtung von Verkehrskreiseln den Fraktionen übergeben werden.

Abst.-Erg.: 30 dafür, 3 Enthaltungen

TO-Punkt 5: CDU-, FWG- Kinderplanet 3. Woche STVV 466  
u. FDP-Antrag  
v. 30.3.2009:

Wie bereits im Ausschuss für Jugend, Soziales und Kultur verteilt, wird allen Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern die Konzeption für eine Ferienaktionswoche zum Kinderplanet 2009 als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.

Während einer kontrovers geführten Diskussion zieht die antragstellende Fraktion ihren Antrag zurück, so dass keine Abstimmung erfolgt.

TO-Punkt 6: CDU-, FWG- Prüfantrag STVV 467  
u. FDP-Antrag Räume für den Karbener  
v. 01.04.2009: Geschichtsverein

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Karbener Geschichtsverein e. V. zu prüfen, inwieweit die bestehende desolate Raumsituation verbessert werden kann. Dabei soll insbesondere geprüft werden, ob ein Umzug des Umweltamtes in andere Räumlichkeiten möglich ist und die dadurch freiwerdenden Räume dem Geschichtsverein angeboten werden können. Bei der Prüfung der Optimierung der Raumverteilung sollten auch die Räume im alten Rathaus in Klein-Karben mit einbezogen werden, die nach dem Auszug des Diakonischen Werkes voraussichtlich im Oktober frei werden.

Abst.-Erg.: einstimmig dafür

TO-Punkt 7: GRÜNE-Antrag Errichtung eines Fußweges nördlich STVV 468  
v. 01.04.2009: des Gewerbegebietes Okarben

Einvernehmlich wird wie im Haupt- und Finanzausschuss über diesen Antrag getrennt abgestimmt.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, mit der Fa. Clim Air Verhandlungen bezüglich einer Freigabe der Wegeverbindung von Okarben nach Westen zum Riedberg aufzunehmen.

Abst.-Erg.: einstimmig dafür

Der zweite Teil des Antrags mit dem Wortlaut:

„Für den Fall, dass diese Gespräche erfolglos bleiben, beschließt die Stadtverordnetenversammlung, dass dann ein Ankauf eines 2 bis 3 m breiten Geländestreifens nördlich der in der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen zusätzlichen Gewerbefläche gemäß Abrundungssatzung vom 16.05.08 und die Herrichtung als Fußweg statt findet.

Die Haushaltsmittel werden als außerplanmäßige Ausgaben bereit gestellt, Deckung im Nachtrag“,

findet keine Mehrheit.

(Abst.-Erg. hierzu: 16 dafür, 18 dagegen – somit abgelehnt)

<u>TO-Punkt 8:</u>	SPD-Antrag v. 03.04.2009:	Grundsatzbeschluss für den Bau einer Kindertagesstätte zur Betreuung von Kindern unter drei Jahren	STVV 469
--------------------	------------------------------	---	----------

Die Fraktionen von CDU-, FWG- u. FDP bringen einen Änderungsantrag ein (siehe Anlage 2), über den zuerst abgestimmt wird.

Grundsatzbeschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich zum bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren in der Stadt Karben. Der Magistrat wird daher beauftragt, die vorgelegte Konzeption um folgende Punkte zu konkretisieren:

- Gegenüberstellung der Kosten (einmalig und fortlaufend) für einen Ausbau/Umbau von bestehenden Kindergärten, dezentral und wohnortnah in den Ortsteilen im Vergleich zu den Kosten für eine zentrale Einrichtung
  - unter Berücksichtigung freiwerdender Kapazitäten durch Geburtenrückgang
  - unter Berücksichtigung möglicherweise frei werdender Hortkapazitäten im Zuge künftiger Ganztagsschulangebote (Einbeziehung der örtlichen Grundschulen und des Schulträgers in die Planungen)
    - Beispiel Beantragung Ganztagsangebot der Selzerbachschule Klein-Karben/  
Auswirkung auf Hortangebot in Klein-Karben
- Gegenüberstellung Prüfung: Ausweitung des Angebots von qualifizierten Tagesmüttern, ggf. gefördert durch kommunale Bezuschussung, im Vergleich zu der vorgesehenen Bezuschussung eines Platzes in der vorgesehenen zentralen Einrichtung.

- Konkretisierung des Betreibermodells für die zentrale Einrichtung
  - Ermittlung möglicher Interessenten, z. B. durch Interessenbekundungsverfahren
  - Zuschussbedarfe bei den verschiedenen potentiellen Betreibern
  - pädagogische Konzeptionen
- Vorstellung/Anforderungen der verschiedenen Betreiber an die räumliche Konzeption und Einrichtungen
- Sicherstellung einer sozialverträglichen Gebührengestaltung
- Auswirkungen auf die Kleinkindbetreuung anderer freier Träger
- Gegenüberstellung von Betreibermodellen und städtischer Trägerschaft der vorgesehenen zentralen Einrichtung hinsichtlich Zuschussbedarf, Gebührengestaltung und pädagogischer Konzepte

Abst.-Erg.: 21 dafür, 13 Enthaltungen

Protokollnotiz:

Mit diesem Änderungsantrag ist der Ursprungsantrag gegenstandslos.

TO-Punkt 9: SPD-Antrag Erstellung eines regelmäßigen Armuts- und Reichtumsbericht STVV 470  
v. 03.04.2009:

Zu diesem Antrag gibt es eine große Anzahl von Wortmeldungen. Während der Debatte stellt Fraktionsvorsitzender Mario Beck (CDU) den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte.

Dieser Geschäftsordnungsantrag wird mit 18 Stimmen bei 15 Gegenstimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Der Antrag mit dem Wortlaut:

„Der Magistrat wird beauftragt, ab 2010 und dann regelmäßig einen Armuts- und Reichtumsbericht der Stadt Karben zu erstellen und vorzulegen.“  
findet keine Mehrheit.

(Abst.-Erg. zu dem Antrag: 16 dafür, 18 dagegen – somit abgelehnt)



TO-Punkt 12:    Dezernat II:                    Konjunkturprogramme des Bundes und    STVV 473  
Landes Hessen für Kommunen  
hier: Anmeldung für Fördermittel aus dem  
Sonderinvestitionsprogramm des  
Landes Hessen und dem Zukunfts-  
investitionsprogramm des Bundes

Im Haupt- und Finanzausschuss wurde am 16.4.2009 im allseitigen Einvernehmen eine Prioritätenliste zur Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung erarbeitet.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die der Niederschrift als Anlage 4 beigefügte Prioritätenliste zur Anmeldung für Fördermittel und

wie dargestellt Darlehensaufnahmen von insgesamt insges. 1.686,322,75 €. Die Tilgung erfolgt mit 321.378,38 € (Erhöhung der Schulden). Die Darlehen laufen 30 Jahre = 10.712,61 € Tilgung p.a.). Die Darlehensaufnahme gilt – wie obengenannt – als außerplanmäßige Ausgabe gemäß 114g HGO.

Abst.-Erg.:            einstimmig dafür

TO-Punkt 13:    Dezernat II / 5.1:    Bauleitplanung der Stadt Karben                    STVV 474  
Gemarkung Klein-Karben, Rathausstr. 16  
Flur 1, Nr. 309 und 305/2  
hier: Abrundungssatzung  
gemäß § 34 Abs. 4, Satz 1, Nr. 1 BauGB

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Plananlage vom 28.11.2008 dargestellte Grenze für im Zusammenhang bebaute Ortsteile gemäß § 34 Abs. 4 Satz 1, Nr. 1 BauGB als Satzung.

Abst.-Erg.:            33 dafür, 1 Enthaltung

TO-Punkt 14:    Dezernat II / 5.4:    Abschluss eines Verwaltungsvertrages    STVV 475  
mit der Wohnungsbaugesellschaft Karben

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den als Anlage 5 beigefügten Verwaltungsvertrag für die darin aufgeführten Immobilien rückwirkend zum 1.1.2009.

Abst.-Erg.:            einstimmig dafür

Protokollnotiz:

Der mit der Einladung verschickte Verwaltungsvertrag wird in allseitigem Einvernehmen in der Weise geändert, dass im § 5 das Wort Soll-Mieten in Ist-Mieten verändert wird.





Diese Aussage wurde nochmals bestätigt. Demnach wird die DP definitiv nicht davon abrücken, die Umwandlung ihrer Filialen in Partner-Filialen durchzuführen.

Gleichzeitig versicherte die DP, dass die Umwandlung „*in das kundenfreundliche und wirtschaftlichere Partner-Format*“ (Quelle: s. o.) nur unter Berücksichtigung der jeweiligen Standortbedingungen erfolgt. Dabei orientiert sich die DP nach ihren Aussagen an den Kriterien

- Partnerpotenzial vor Ort
- Kundennachfrage
- Effizienz
- Immobilien- und Personalplanung.

In Bezug auf die große Kundennachfrage in der Homburger Straße versichert die DP, „*dass die Deutsche Post ihre Standorte unabhängig von der Ortsgröße auch als Partner-Filiale betreiben kann. Je nach Größe und Kundennachfrage an dem jeweiligen Standort werden auch Partner-Filialen mit mehreren Verkaufsplätzen oder mehrere Partner-Filialen eingerichtet.*“ (Quelle: s.o.)

Gleichzeitig wird seitens der DP versichert, dass die Postfiliale in der Homburger Straße erst dann geschlossen wird, wenn die neue Partnerfiliale eröffnet ist.

Nach Rücksprache mit dem für Karben zuständigen Ansprechpartner der DP fanden bisher verschiedene Akquisitionsgespräche mit potentiellen Partnern statt. In einem Fall könnte es möglicherweise zu einer Vereinbarung kommen. Genaueres ist in einem Gespräch zu klären. Hierbei wird der Magistrat nochmals auf die Ziele der Resolution verweisen. Wir werden darüber zu gegebener Zeit berichten.

TO-Punkt 19:      Anfrage                      Erlöse aus Grundstücksgeschäften,              STVV 480  
                         Stv. Gerrit Rippen      Beschluss der Stadtverordnetenversammlung  
                         (GRÜNE)                      zum Haushalt vom 6.3.2009  
                         v. 25.03.2009

Mehrheitlich beschließt die Stadtverordnetenversammlung die Anfrage mit der Niederschrift zu beantworten, da Stv. Gerrit Rippen (GRÜNE) die Stadtverordnetenversammlung verlassen musste.

Einleitung zur Anfrage:

Am 6.3.2009 wurde zusammen mit dem Haushalt 2009 ein Paket von Anträgen der FWG-geführten Koalition beschlossen. Darin sind voraussichtliche Einnahmen aus Grundstücksgeschäften aufgelistet.

Frage 1:

In den Zeilen 1 und 4 stehen Einnahmen aus zwei größeren Grundstücksgeschäften (697.512 € und 550.000 €). Um welche Flächen handelt es sich dabei? Wie weit ist der Verkauf gediehen?

Antwort zu Frage 1:

Der als „Einnahme“ dargestellte Betrag von 550.000,-- € war eine Beschlussvorlage, der die StVV im November 2008 nicht zugestimmt hat. Der für dasselbe Grundstück aufgeführte Betrag von 697.512,-- € beinhaltet neben dem höheren Kaufpreis von 605.700,-- € die Anlieger- und Erschließungsbeiträge. Diese belasten aber auch gleichzeitig die Haushaltsstelle I-504802 „Grundstücksverkäufe“ um denselben Betrag. Effektiv verbleiben aus diesem Verkauf somit 605.700,-- €. Im ersten Quartal 2009 waren also nicht 1.426.000 €, d.h. 65 % des Haushaltsansatzes der Koalition realisiert, sondern mit ca. 784.000 € (36 %) nur etwa die Hälfte.

Frage 2:

Welche Interessenten gibt es für das große Eckgrundstück Bahnhofstr./Luisenthaler Str. („Fläche Seniorenheim“)? Wie schätzt der Magistrat die Realisierung eines Verkaufs im Jahr 2009 ein, insbesondere wenn noch eine Änderung des Bebauungsplans notwendig wird?

Antwort zu Frage 2:

Zu den geplanten Einnahmen aus dem Verkauf des Grundstückes Luisenthaler Str./Ecke L 3205 kann nur gesagt werden, dass derzeit kein ernstzunehmender Kaufinteressent vorhanden ist. Ein Verkauf, d.h. bei der schwierigen Marktlage einen Kaufinteressenten zu finden, eventuell lange Verhandlungen oder Änderung des B-Planes, erscheint für das Jahr 2009 nicht realistisch.

Frage 3:

Zum Verkauf des Grundstücks Hauptstr. 84 (ehemals Mütterzentrum):

Teilt der Magistrat mittlerweile die Auffassung der FDP, dass „es für die Menschen im und am Haus gefährlich wird“ und am zu verkaufenden Gebäude „die Eckständer des Fachwerkes ...an fast allen Stellen so verfault (sind), dass die statischen Funktionen selbst nach bestem Willen nicht mehr gegeben sein können“? (Pressemitteilung der FDP vom 7.3.2006) Wie schätzt der Magistrat die Realisierung eines Verkaufs des denkmalgeschützten baufälligen Gebäudes zum Schätzpreis von ca. 179.000 € ein?

Antwort zu Frage 3:

Zur Statik gab es 2006 bereits eine ausführliche Stellungnahme des Magistrats. Es wird weiterhin versucht, einen Kaufinteressenten zu finden. Angesichts der anstehenden Sanierung werden die bisherigen Erwartungen wohl nicht realisiert werden können.

Frage 4:

Welche realistischen Möglichkeiten sieht der Magistrat für weitere Einnahmen auf der Haushaltsstelle I-5040802 in 2009?

Antwort zu Frage 4:

Die im StVV-Beschluss Anlage 4 angegebenen „Einnahmepotenziale“ sind schwierig zu realisieren. Das Grundstück in Rendel wird schon seit mehreren Jahren zum Verkauf angeboten. Durch seine Größe (602 m<sup>2</sup>) und das kleine Baufenster sowie die erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen kommt es hier zu keinem Verkaufsabschluss. Eine Bebauung des Grundstücks am Kinderhaus ist äußerst schwierig durch die Abmessungen des Grundstückes, außerdem soll es für eine etwaige Erweiterung der KiTa zur Verfügung stehen.

Realistisch erscheint für das Jahr 2009 eine Einnahmensumme von 1.587.000 €, d.h. ca. 600.000 € weniger als von der Koalition im HH 2009 angesetzt. Das setzt den Verkauf der beiden Grundstücke in Petterweil, der beiden Reihenhausbauplätze "Brunnenweg" sowie den Verkauf des Eckgrundstückes Schulstr./Lindenweg (gegenüber dem Grundstück KiTa Kinderhaus) voraus.

Frage 5:

Wie glaubwürdig sind die Einnahmen-Ansätze der Koalition für die Folgejahre (Grundstücksverkäufe 2010: 2.560.000 €, 2011: 2.525.000 €, 2012: 1.645.000 €)?

Antwort zu Frage 5:

Die ab 2010 angesetzten Einnahmeerwartungen sind unseres Erachtens nicht erreichbar. Noch zu verkaufende Grundstücke gibt es lediglich im Mischgebiet-Bereich des B-Plans "Brunnenweg" und Doppelhaushälften im Baugebiet "Bindweidring", sowie das Eckgrundstück Bahnhofstraße/Luisenthaler Str., zusammen ca. 2.100.000,- €

Einnahmen aus neuen Baugebieten sind derzeit angesichts der noch zu durchlaufenden Verfahren und wenigen bis gar keinen städtischen Grundstücken noch Spekulation.

